BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wahlprogramm
für den Landkreis Marburg-Biedenkopf
2011 -2016

Inhalt

Umweltschutz, Energie und Verkehr 3

Natur- und Umweltschutz 3

Energie 4

Nutzung erneuerbarer Energie - die Sonne bringt's! 5

Die Sonne direkt anzapfen... 6

Windkraft 7

Biomasse 7

Energiesparen... 9

Effizienzverbesserung 10

Verkehr und Mobilität 10

Wasser 13

Boden 13

Luft 14

Emanzipative Sozialpolitik und gesellschaftliche Teilhabe 15

Gleichstellung 15

Soziale Teilhabe 16

Demografischer Wandel 20

Kulturelle Vielfalt und Integration 21

Sport und Gesundheit 21

Feuerwehr und Rettungsdienst 22

Erziehung, Bildung und Betreuung 23

Perspektiven für Kinder, Jugendliche und Erwachsene 23

Ökologische und soziale Marktwirtschaft 28

Wirtschaft und regionale Wirtschaftskreisläufe 28

Tourismus 29

Landwirtschaft 29

Haushalt und Finanzen 30

Umweltschutz, Energie und Verkehr

Natur- und Umweltschutz

Zentrales Anliegen grüner Politik ist der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Im „Green New Deal" entwickeln wir dabei Wege, um wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit mit dem Schutz der Umwelt in echte nachhaltige Balance zu bringen. Dabei bildet die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen die unverzichtbare Basis für eine langfristig nachhaltige Entwicklung von Ökonomie, sozialer Sicherheit, Bildung und Verteilungsgerechtigkeit.

Vor Ort ist nachhaltiger Umweltschutz vor allem in den Bereichen Verkehr, Abfall, Land- und Forstwirtschaft, Gewerbe und Industrie zu berücksichtigen. Konkrete Maßnahmen werden beispielsweise bei Bauleitplanungen und Siedlungsgestaltung, bei Verkehrserschließung sowie der Gestaltung öffentlicher Flächen nötig. Die Berücksichtigung ökologischer Ziele ist bei ökonomischen Planungen von elementarer Bedeutung.

Die größte Herausforderung stellt dabei derzeit der Klimawandel und damit verbunden die Energiepolitik dar. Vielen Menschen mag zunächst die Vorstellung mediterranen Klimas in Mittelhessen erstrebenswert erscheinen. Dies erkaufen wir aber auch mit nassen Wintern und Hochwassergefahr, Stürmen und Dürremonaten bei uns, sowie z. B. Versteppung in Südeuropa. Ein ungehinderter Anstieg der Temperatur bedroht dabei nicht nur viele Tier- und Pflanzenarten bei uns und anderswo. Die Ernährungsgrundlagen, wie auch die Wasserversorgung großer Teile der Weltbevölkerung, stehen ebenfalls auf dem Spiel. Verständlicherweise werden die so in ihrer Existenz gefährdeten Menschen vieler oft dicht besiedelter Weltregionen dies auf Dauer kaum ertragen und friedlich zuhause verharren können. Deren Not, die schon aus humanitärer Perspektive nicht tatenlos hinnehmbar ist, wird uns also nicht nur als menschliches Mitleid mittelbar, sondern schnell auch sehr unmittelbar betreffen, da global bedeutsame Wanderungsbewegungen erheblichen Ausmaßes zwangsläufige Folge eines ungebremsten Klimawandels sein werden. Gleichzeitig bieten Atom- und Gentechnik-Lobby ihre Technologien als scheinbar bequeme Lösungsansätze an und nutzen so die Klimaschutzdebatte um ihre Ziele salonfähig zu machen und Monopolstrukturen zu etablieren. Dabei werden auch von dieser Seite ökologische Folgeschäden in Kauf genommen und eine nachhaltig intakte Umwelt aufs Spiel gesetzt.

Als GRÜNE sind wir uns sehr bewusst, vor welchen Herausforderungen wir in diesem Zusammenhang auch hier vor Ort stehen.

In Marburg-Biedenkopf blicken wir bereits auf unsere erfolgreiche energie- und umweltpolitische Überzeugungsarbeit der letzten Jahre zurück:

- Durch unsere stete energiepolitische Arbeit ist es uns gelungen, den Klimaschutz so in der kreispolitischen Debatte zu verankern, dass die Behörde Landkreis z. B. seit 2009 seinen Strombedarf nur noch aus erneuerbaren Quellen deckt.
- Bereits 2007 beschloss der Kreistag ein klares Klimaschutzziel, das für den Kreis u. a. den vollständigen Ersatz fossiler und atomarer Energieträger

durch erneuerbare Energien bis 2040 festlegt. Im Herbst 2010 wurde nun mit der Erarbeitung eines umfassenden Klimaschutzkonzeptes begonnen, das die Potenziale ermitteln und konkrete Maßnahmen definieren soll, mit denen das ehrgeizige Ziel auch tatsächlich erreicht werden kann. Über diese Erfolge können wir GRÜNEN uns umso mehr freuen, als man noch vor der letzten Kreistagswahl das Wort „Klimaschutz" im Programm der CDU völlig vergebens suchte und es bei der SPD lediglich ein einziges Mal im Nebensatz fand.

- Das gilt auch für das Thema der sog. "grünen" Gentechnologie. Hier wurde eindrucksvoll deutlich, dass man politische Ideologie nicht gegen den Widerstand der Bevölkerung durchpeitschen kann. Auch hier konnten wir die politischen Lager (abgesehen von der FDP) zu einer gemeinsamen ablehnenden Erklärung zusammenbringen und so dem wichtigen Widerstand der Bürgerinnen in der Region wirkungsvoll den Rücken stärken: Dadurch ist es schließlich gelungen, die Uni Gießen davon zu überzeugen, den Versuch aufzugeben in Rauischholzhausen gentechnisch veränderten Mais der Fa. Monsanto anzubauen.
- Beim Sonderinvestitionsprogramm zur Renovierung der Schulen haben wir energetische Sanierungsmaßnahmen mit dem Brandschutz ganz oben auf die Prioritätenliste gesetzt und angegangen, sowie die genaue energetische Analyse aller Kreisliegenschaften angestoßen.
- Die durch den Landkreis initiierte „Agentur für Naturentwicklung" ist ein bundesweit einmaliger und äußerst erfolgreicher interkommunaler Zusammenschluss, der seit 2004 auch kleinere angeschlossene Gemeinden im Kreisgebiet endlich in die Lage versetzt, auch ohne eigene Umwelt- und Naturschutzabteilung, von Naturschutz- und Ausgleichsmaßnahmen sinnvoll und fachgerecht zu planen, zu steuern und umzusetzen. Hierdurch wurde im Landkreis Marburg-Biedenkopf ein Umsetzungsgrad der baurechtlich festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen erzielt, der landesweit seinesgleichen sucht.
- Die „BioRegioHolz" schafft regionale Wirtschafts- und Wertschöpfungskreisläufe. Durch die Unterstützung des Landkreises wurden auch die Projekte der BioEnergieDörfer möglich und die ersten Solardörfer sind auf dem Weg. Hier zeigt sich auch, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht nur mitmachen sondern auch vorangehen, wenn ihnen der Rücken gestärkt wird.

Aber das alles sind nur Etappenziele. Also krempeln wir die Ärmel erneut hoch!

Energie

Die Rahmenbedingungen für den Einsatz erneuerbarer Energien sind durch die Beschlüsse der amtierenden Bundesregierung schwieriger geworden: Die Liste reicht von der Kürzung der Fördermittel und dem Umbau des Marktanreizprogramms zur Wärmedämmung und Nutzung erneuerbarer Energien, über die Rückführung der Einspeisevergütung bis zur Verlängerung der Laufzeiten für nukleare Großkraftwerke. Ab 2011 müssen Windkraftanlagen sogar vom Stromnetzbetreiber abschaltbar sein, wenn zu viel Atomstrom produziert wird und die Netze verstopft. Auch die Landesregierung hat den Bürgern, Kommunen und Kreisen u.a. mit ihrer Verhinderungspolitik bei der Ausweisung von Flächen zur Windkraftnutzung, der geplanten Novellierung des Baurechts und ihren

drastischen Einschnitten bei der Finanzausstattung viele Steine in den Weg fortschrittlicher Energiepolitik gelegt.

Trotzdem entwickeln wir unsere Ansätze im Bereich von Energie- und Klimaschutz weiter. Angesichts eines fortschreitenden Klimawandels und sich verknappender Rohstoffe stellt sich inzwischen nicht mehr die Frage „ob" sondern nur noch „wie" wir am schnellsten und nachhaltigsten unsere Energieversorgung auf regenerative Quellen umstellen. Wir GRÜNE setzen dabei weiterhin auf „unsere" drei E's:

- Erzeugung erneuerbarer Energien – als Solarthermie, Photovoltaik, Wasserkraft, Windkraft und Biomasse
- Energieeffizienzverbesserung - also Energie mit möglichst geringen Verlusten einzusetzen
- Energieeinsparung - also den Verbrauch und den Bedarf zu mindern

Um das gesteckte Ziel „100%-erneuerbar" bis zum Jahre 2040 zu erreichen, ist eine kontinuierliche Reduktion des Verbrauchs an fossilen Energieträgern von im Mittel mehr als 9% pro Jahr gegenüber dem jeweiligen Vorjahr erforderlich. Uns GRÜNEN ist bewusst, dass dieses Ziel sehr ambitioniert ist. Dennoch erscheint es uns realisierbar, wenn bei den gewählten Mandatsträgern der politische Gestaltungswille und der Wille, die BürgerInnen und die regionale Wirtschaft in diesem Prozess mitzunehmen und in ihren Bemühungen wiederum tatkräftig zu unterstützen in ausreichendem Maße vorhanden ist.

Kontinuierliche Reduktion des CO_2-Ausstoßes im Kreis um 5 ½ Prozent jedes Jahr. Das tut niemandem weh und ist doch ambitioniert – so können wir den CO_2-Ausstoß im Kreis bis 2040 um rund 80% reduzieren.

Nutzung erneuerbarer Energie - die Sonne bringt's!

Irgendwo muss die notwendige Energie natürlich herkommen. Mit

- Photovoltaik wird Sonnenenergie direkt in Strom
- und mit Solarthermie in Wärme umgewandelt: CO_2-neutral und ohne dauerhafte CO_2-Emissionen!
- Aber auch unsere Flüsse führten ohne Verdunstung durch die Sonnenwärme, Wolken und Regen kein Wasser und könnten keine Turbinen antreiben,
- Pflanzen könnten ohne Sonnenlicht schließlich auch kein CO_2 aus der Atmosphäre binden und in den Energieträger Biomasse verwandeln
- und ohne Sonne hätten sich so auch keine Vorräte an Kohle oder Öl gebildet.

Außer Erdwärme und Kernkraft entstammt also alle uns zur Verfügung stehende Energie der Kraft der Sonne. Da allein schon die im Normalbetrieb entstehenden Spaltprodukte der Kernkraft langfristig unbeherrschbaren, weil auf Jahrhunderte tödlich strahlenden Abfall produzieren (von Störfällen ganz zu schweigen) und die Wärme aus dem Erdinnern (besonders in unserer Region) nur begrenzt verfügbar ist, bleibt uns nur die Nutzung der Sonnenenergie – und die Sonne scheint auch in unserer manchmal schattigen Heimat mit einem Vielfachen der Energie die wir verbrauchen. Nachhaltig wirtschaften wir dabei grundsätzlich nur, wenn wir

höchstens so viel Energie nutzen, wie wir direkt aus der Sonnenkraft (einschl. Wind, Wasser und Biomasse) umwandeln können.

Unsere energetische und wirtschaftliche Zukunft liegt in der Kraft der Sonne und dezentralen / regionalen Strukturen. Deshalb fordern wir GRÜNE im Kreis

- den Ausbau einer dezentralen Energiewirtschaft,
- mit regionalen Akteuren,
- welche Energie regenerativ, umweltverträglich und regional produzieren,
- die Menschen im Kreis über moderne Netzstrukturen sicher und zu attraktiven Preisen versorgen.
- Das schafft Arbeit vor Ort,
- hält die Wertschöpfung in der Region
- und bindet die Menschen so ein, dass sie direkt sehen können, welchen Beitrag jeder Einzelne zu einer nachhaltigen Energieversorgung leisten kann.

Die Sonne direkt anzapfen…

…macht natürlich am meisten Sinn, denn sie scheint zuverlässig und täglich – auch wenn manches Mal hinter den Wolken. Zur Brauchwassererwärmung und auch zur Unterstützung der Heizung ist sie aber bei richtiger Anlagenauslegung über die größten Teile des Jahres stark genug. In nicht allzu ferner Zukunft werden auch saisonale Wärmespeicher keine Exoten in unseren Häusern mehr sein sondern uns ganzjährig mit Sonnenwärme versorgen. Sind die Häuser in Passiv- oder Energieplusbauweise konstruiert, ist die ganzjährige solare Wärmeversorgung schon heute machbar.

Auch die Umwandlung in Strom hat große Fortschritte gemacht: Die Anlagenpreise sinken immer weiter, während die Modulleistung kontinuierlich steigt. Die Module lassen sich schon heute hervorragend in Dächer integrieren und ersetzen dort die Ziegel oder auf der Fassade den Putz oder die Verkleidung: Umweltfreundlich - und dabei langlebig und pflegeleicht!

Im Landkreis gibt es heute über 80.000.000 m² versiegelte Gebäude und Freiflächen. Die besten 3% hiervon - mit heutiger Technik optimal genutzt – wären rechnerisch schon in der Lage, den privaten Stromverbrauch aller Menschen im Kreis zu decken. Gleichzeitig bräuchten wir alle für 18 Mio. € pro Jahr weniger fossilen oder Atomstrom zu kaufen und behielten das Geld in der Region. So stärken wir zudem regionale Wirtschaftskreisläufe, unsere mittelständischen Produzenten solcher Anlagen und durch die Installation das Handwerk.

Über die in der letzten Wahlperiode beim Landkreis neu ins Leben gerufene Kampagne „RegioEnergie" wollen wir GRÜNE die besten Flächen definieren und deren Nutzung unterstützen. Die erfolgreich arbeitende Dachflächenbörse des Kreises ist hier ein erster Schritt.

Auf den regionalen Energie- und Baumessen wollen wir den Menschen nahe bringen, welche Potentiale z.B. bei der Neueindeckung von Dächern schlummern und gehoben werden wollen. Darüber hinaus wollen wir weitere Beratungs-instrumentarien für BürgerInnen und Wirtschaft entwickeln und etablieren.

Windkraft

Die Windkraft ist, ganz im Gegenteil zu den umweltschädlichen und hochsubventionierten Kohlekraftwerken, neben der Wasserkraft die wirtschaftlichste Energiequelle. Darüber hinaus ist sie überaus nachhaltig. Das gilt heute auch im Binnenland. Doch leider wurde Hessen unter der CDU-Regierung mit 1,9% Anteil Windenergie am Gesamtenergieverbrauch zum "Windenergie-Entwicklungsland". Hier unterbieten uns als Flächenländer nur noch Baden-Württemberg (0,4%) und Bayern (0,58%). Aber dennoch lässt die Landesregierung jegliche Aktivitäten zur Erweiterung der Vorrangflächen, auf welchen Windenergie genutzt werden könnte, vermissen.

Vergleichbare Länder wie Rheinland-Pfalz oder Thüringen liegen schon heute um das Drei- bis Fünffache besser als Hessen. Sachsen-Anhalt (kein Küstenland!) hat mit einem Anteil von 42,47% am Bruttostromverbrauch den höchsten Anteil windkraftgespeisten Energieertrages in Deutschland und zeigt das Potential für Windenergiegewinnung auch für Binnenländer.

Der Nachhaltigkeitsansatz, dem wir GRÜNE uns stets verpflichtet fühlen, gebietet es, dass für die Genehmigung von Windkraftanlagen ganz selbstverständlich die gleichen Anforderungen an den Biotop- und Artenschutz zu stellen sind, wie für alle anderen Infrastrukturmaßnahmen im Außenbereich auch. Die Bedrohung der Tier- und Pflanzenwelt durch den Klimawandel ist jedoch auch bei uns um eine vielfaches höher als durch sorgfältig geplante Windkraftanlagen. Und im Gegensatz zu den Folgen des Klimawandels, lasst sich die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes mittelfristig wieder umkehren – da eine WKA ohne langfristige ökologische Folgen einfach wieder abgebaut werden kann, sobald der technologische Fortschritt sie entbehrlich gemacht hat.

Deshalb treten wir GRÜNE für einen gezielten Ausbau der Windenergie mit modernster Technik und an den besten Standorten im Kreis ein. Dazu sollen die Anlagen in Windparks gebündelt werden. Auch das Repowering – also der Ersatz bestehender durch modernste standortoptimierte Anlagenkonzepte - bietet großes Potential, das es zu nutzen gilt. Hierzu ggf. notwendige Abweichungs-verfahren sollen vom Kreis unterstützt werden. Durch Bürgerwindparks bleibt außerdem auch der wirtschaftliche Ertrag aus dem Betrieb dort, wo er hingehört – nämlich bei den Menschen in der Region.

Biomasse

In Biomasse gespeicherte Energie hilft uns wie eine Batterie auch dann weiter, wenn die Sonne gerade mal nicht genug für unseren Bedarf liefert. Als Brennstoff ist sie nicht nur zum Heizen geeignet, sondern kann auch im Hoch-temperaturbereich Prozessenergie ersetzen. Das macht Biomasse zu einer besonders wertvollen Energiequelle. Aber die Biomasseproduktion allein zur Energiegewinnung birgt auch Risiken:

So müssen unsere Wälder nach ökologischen Kriterien bewirtschaftet werden um z. B. gegen Stürme oder Schädlinge besser gewappnet zu sein, ihre Funktion für Klima und Wasserhaushalt zu erfüllen, den Boden zu schützen oder der Vielfalt von Tieren und Pflanzen einen Lebensraum zu bieten, um damit nicht nur ihren Erholungswert zu bewahren, sondern auch benachbarte Ökosysteme zu stabilisieren. Kein Wunder, dass der Begriff „Nachhaltigkeit“ seinen Ursprung in

der Waldwirtschaft hat. Raubbau, Monokulturen oder gentechnologische Experimente haben für uns GRÜNE auch hier keinen Platz. Gerade in unserer Region können aber gesunde und nachhaltig bewirtschaftete Waldbestände einen besonders wichtigen und wertvollen Beitrag zur Versorgung mit Energie und Rohstoff liefern. Mit unserem Beitritt zur „Modellregion BioRegioHolz-Lahn" haben wir einen ersten Schritt getan.

Der Anbau von Biomasse hat schon heute vielen Landwirten ein zweites Standbein als Energiewirt gebracht. Die Intensivlandwirtschaft mit Monokulturen aus Mais und Ölsaaten hat aber oft hohen Düngemittel- und Pestizid- und damit eben auch Energieeinsatz zur Folge: Das drückt nicht nur auf die Wertschöpfung der Landwirte (die die entsprechenden Mittelchen ja auch kaufen und ausbringen müssen) sondern auch der absolute Energieertrag wird fragwürdig. Die ökologischen Folgen durch Gift und Dünger sind offensichtlich, und der wertvolle Agrarboden wird schließlich auch ausgelaugt und fortgespült (wo wir ihn doch für zukünftige Generationen so dringend benötigen werden). Deshalb setzen wir auf neuere Ansätze mit extensiven mehrjährigen bodendeckenden Kulturen wie Miscanthus oder Wildkräutern, die auch auf weniger fruchtbaren Böden und mit minimalem Maschinen- und Chemikalieneinsatz gedeihen. Deren Erträge lassen sich dabei schon heute durchaus mit Mais und Raps messen. So entstehen Lebensräume als Bienenwiesen oder für Tiere wie Bodenbrüter. Böden und Gewässer werden geschützt und die besten Böden bleiben erhalten für wertvolle gesunde Lebensmittel - natürlich gentechnikfrei und aus der Region für die Region. Gleichzeitig werden die Landwirtschaftlichen Betriebe unabhängiger von den Saatgut- und Chemiekonzernen.

Um den Druck von den wertvollen Ackerflächen zu nehmen, wollen wir ein Pilotprojekt zur Einsaat angepasster Wildkräutermischungen im Straßen-begleitgrün zur energetischen Nutzung aufsetzen.

Unsere GRÜNEN Ziele:

- Neben der eigentlichen Landwirtschaft liegt in unserem Landkreis die Zukunft vieler LandwirtInnen auch in der Vermarktung von Biomasse als Energielieferant. Wir wollen diesen Weg durch die Einrichtung von Biomasse-Kraftwerken unterstützen. Statt auf (Mais-) Monokultur mit hohem Düngemittel-, Pestizid- und womöglich Gentechnikeinsatz setzen wir hier auf neue Ansätze wie die Biomasseproduktion aus Wildpflanzen oder Nutzung pflanzlicher Reststoffe wie Stroh – an Stelle von Groß-anlagen auf Anlagen, die dem örtlichen Energiebedarf und Biomasse-angebot optimal angepasst sind.
- Bioabfälle sollen zukünftig im Kreis energetisch genutzt werden, um anschließend wieder als Dünger auf die Felder zu gelangen.
- Wir versuchen noch mehr Gemeinden für einen Aufbruch in Richtung Bioenergiedörfer zu gewinnen und unterstützen diese auch als regionale Wirtschaftskreisläufe.
- Wir entwickeln die Rolle der BioRegioHolz weiter.
- Nachwachsende heimische statt endliche fossile Energieträger sollen so oft wie möglich zum Einsatz kommen.

- Über die klimaneutrale Energieproduktion hinaus wollen wir ein Pilotprojekt zur Herstellung von Biokohle initiieren. So schaffen wir eine aktive CO_2-Senke und verbessern zusätzlich die Bodenqualität.

Energiesparen…

…ist ökologisch wie ökonomisch die beste Art, sinnvoll mit Energiereserven umzugehen. Das größte Sparpotenzial liegt in der Modernisierung und Sanierung von Altbauten. Die derzeitige Sanierungsquote von jährlich rund 1% des Wohnungsbestands reicht aber bei weitem nicht aus. Wenn die Bundesregierung dann noch bestehende Programme kürzt, oder gleich ganz streicht, weist dies eindeutig in die falsche Richtung und schadet nebenbei auch noch der regionalen mittelständischen Wirtschaft wie dem Handwerk mit ihren vielen Beschäftigten.

Als starke GRÜNE in der Kreisregierung hingegen

- wollen wir auf die großen Wohnungsvermieter einwirken, um deren Sanierungstempo zu beschleunigen. Schließlich befindet sich ein Großteil der Mietwohnungen in deren Händen. Sanierungsziel muss hier mindestens der Passivhausstandard werden. Die Finanzierung soll bei Kostenersparnis oder Kostenneutralität der Mieter erfolgen. Das hilft nicht nur dem Klima, sondern schont am Ende auch den Geldbeutel der Mieter – insbesondere bei einkommensschwachen Familien und älteren Menschen in Sozialwohnungen, die dann ohne Heizkosten wohnen können.
- werden wir ein engagiertes Programm zur weiteren energetischen Modernisierung und Konsolidierung des kreiseigenen Gebäudebestands auf den Weg bringen. Diese Investition bringt zusätzlich Arbeit für regionale Handwerksbetriebe und schont langfristig den Kreishaushalt. Wo das mit eigenen Mitteln der öffentlichen Hand nicht gestemmt werden kann, prüfen wir den gezielten Einsatz z. B. von Contracting -Modellen zur Sanierung. Wir prüfen auch die Einrichtung einer Umsetzungsgesellschaft z.B. auf genossenschaftlicher Basis um hier möglichst schnell voran zu kommen.
- zeigen wir, dass sich auch bei Neubauten problemlos Energie sparen lässt: Passiv- und Plusenergiehäuser zeigen, dass modernste Gebäudetechnik erfolgreich eingesetzt werden kann und von den Bürgern angenommen wird. Für alle Neubauten des Landkreises und seiner Unternehmen wollen wir deshalb künftig mindestens einen Passivhausstandard ansetzen. So kann Marburg-Biedenkopf sich auch zukünftig erfolgreich als Vorreiter innovativer Klimaschutzmaßnahmen profilieren – und langfristig sparen wir die Steuergelder unserer Bürger.
- fordern wir den grundsätzlichen Verzicht öffentlicher Einrichtungen auf Stand-by-Geräte und Geräte mit nicht abschaltbaren Steckernetzteilen sowie eine Informationskampagne zur Sensibilisierung der Bürger und Bürgerinnen.
- betrachten wir es als Aufgabe des Kreises, z.B. die Gemeinden bei weiteren Maßnahmen zu beraten: etwa der Umrüstung auf effizientere Formen und reduzierte Schaltzeiten der Straßenbeleuchtung sowie Strom

sparende Ampeltechnik. Das ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll.

- entwickeln wir eine Struktur zur schrittweisen Reduktion der Energieverbräuche in der Verwaltung: Bei Computern oder Druckern genauso wie beim Fahrzeugbestand, der Beleuchtung oder in den Kantinen.

Effizienzverbesserung

Mit Einsparungen allein werden wir unser ambitioniertes Ziel aber nicht erreichen. Deshalb muss Energie, dort wo sie eingesetzt wird, immer möglichst effektiv genutzt werden. Ein Positives Beispiel sind z. B. die Bioenergiedörfer, wo neben dem Strom aus der Biomasse auch die Wärme über ein Wärmenetz von den engagierten „Energiegenossen" genutzt wird. Genauso funktioniert der Ersatz von Heizkesseln durch Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) – und vielleicht schon bald über Brennstoffzellen.

Schließlich brauchen wir Konzepte, die gewerbliche Abwärme besser zu nutzen und z.B. zur Beheizung von Schwimmbädern oder Wohngebieten einzusetzen.

Verkehr und Mobilität

Ein Viertel der CO_2-Emissionen in Deutschland werden vom Verkehr verursacht. Den größten Anteil hieran hat der Autoverkehr. Insofern ist ein Umdenken in der Verkehrspolitik nach wie vor dringend erforderlich. Neben den CO_2-Emissionen sind auch der enorme Verkehrslärm, die Unfallgefahr und der nicht unerhebliche Flächenverbrauch, dem innerhalb der Ortschaften oft gar nicht mehr Rechnung getragen werden kann, für die GRÜNEN wichtige Gründe, uns weiter für moderne Mobilitätskonzepte und ein attraktives ÖPNV-Angebot im Sinne einer Verkehrswende einzusetzen.

Aber nicht nur aus ökologischen sondern auch aus sozialen Gründen ist ein flächendeckendes und attraktives ÖPNV-Angebot nach wie vor Ziel GRÜNER Verkehrspolitik, denn Mobilität ist ein Grundbedürfnis. Die Verkehrspolitik früherer Generationen hat dazu geführt, dass ländliche Gebiete noch immer auf den Individualverkehr angewiesen sind. Allerdings hat ein Viertel aller Haushalte in Deutschland gar kein Auto, Tendenz steigend. Bei den Studierenden ist der Anteil der Autobesitzer seit 1991 von 53 sogar auf 34 Prozent gesunken. Man geht davon aus, dass die Hälfte der Bevölkerung auf kein Auto zurückgreifen kann.

Trotzdem wird immer noch auf gigantische Straßenbauprojekte gesetzt. Dabei werden weder die Kosten noch der Eingriff in Natur und Landschaft von den Protagonisten zur Disposition gestellt. Erfreulich war zwar das Aus für die A 4: Bei geplanten Baukosten zwischen 1,3 und 1,7 Mrd. Euro und einem äußerst geringen prognostizierten Verkehrsaufkommen traute man sich dann doch nicht, diese Schnellstraße mit dem schlechten Kosten-Nutzenverhältnis weiter zu planen.

Leider bleibt diese Einsicht bei dem anderen Großprojekt, dem Weiterbau der A 49, immer noch aus. Dabei sind die prognostizierten Baukosten schon um

50% auf mittlerweile über 750 Mio. Euro gestiegen. Wie das angesichts der allgemeinen Haushaltslage jemals finanziert werden soll, wird den Bürgern nicht erzählt (Hessen hat in den vergangenen 20 Jahren jährlich im Schnitt nur 100 Mio. Euro für Bundesfernstraßen bekommen). Darüber hinaus ist der Eingriff in Natur und Landschaft katastrophal und unverhältnismäßig. Vorschläge für Alternativplanungen, die weitaus weniger kosten, werden gar nicht geprüft.

In den vergangen beiden Legislaturperioden ist es auch dank GRÜNER Beteiligung gelungen:

- ein flächendeckendendes ÖPNV-Angebot aufzubauen (in allen Teilen des Landkreises mindestens 2-Stunden-Takt, Angebote auch abends und am Wochenende). Dieser Stand soll trotz prekärer Haushaltssituation weiter gehalten und evaluiert werden.
- Einen Fahrgastbeirat zur Stärkung der Interessen der Bus- und Zugnutzerinnen und Nutzer einzurichten.
- Die Bushaltestellen, u. a. auch an den Schulstandorten, attraktiver zu gestalten. Dies muss weiter fortgeführt werden. Dafür sind allerdings vor allem die Städte und Gemeinden zuständig und das Land muss dafür die Mittel bereitstellen, was in den letzten Jahren nicht geschehen ist.
- Am Wochenende die Fahrradmitnahme auf der Oberen Lahntalbahn zu verbessern.
- die Anbindung an den regionalen und überregionalen Verkehr voranzutreiben wie z.B. durch den Mittelhessenexpress, Tendenzen des weiteren Abzugs von Kapazitäten auf der Schiene abzuwehren und die Ausdünnung der Anbindung Marburgs an das Fernverkehrsnetz auch öffentlich zu kritisieren und Nachbesserungen zu verlangen.

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir GRÜNE folgende Ziele umsetzen:

- Der Öffentliche Personennahverkehr ist zentraler Bestandteil der Mobilität der Bürgerinnen und Bürger. Entsprechend muss das Bus- und Bahnangebot im Landkreis optimal ausgestaltet sein. Überall im Landkreis soll es mehrmals am Tag und auch am Wochenende ein Verkehrsangebot geben. Dafür muss der Landkreis weiterhin trotz der anstehenden Verteuerung der Verkehrsleistungen sorgen.
- Wir werden auch weiter alternative ÖPNV-Konzepte wie das Bürgerbus-Modell in Weimar unterstützen.
- Auch wenn bis jetzt die Verhandlungen mit der DB-AG zur Einrichtung einer Mobilitätszentrale gescheitert sind, halten wir weiter an diesem Ziel fest.
- Wir halten es für notwendig, dass Landkreis und Stadt Marburg im Bereich des ÖPNV eng zusammenarbeiten. Dabei ist auch die Einrichtung einer gemeinsamen Lokalen Nahverkehrsgesellschaft denkbar.

- Die Verbindungen auf der Main-Weser-Bahn müssen dringend verbessert werden. In der Vergangenheit wurde der einstündige Takt Richtung Kassel und Frankfurt von der DB-AG aufgegeben. Dadurch wurde nicht nur die Anbindung in Kassel und Frankfurt, sondern auch im lokalen Zubringerverkehr im Landkreis erschwert; die Anbindung an den Fernverkehr hat sich deutlich verschlechtert. Wir brauchen aber schnellere und bessere Anbindungen, und zwar vertaktet im Verbundtarif.
- Damit die mittlerweile an ihrer Kapazitätsgrenze angelangte Main-Weser-Bahn auch künftig der Nachfrage gerecht werden kann, setzen wir uns weiter dafür ein, dass der Bau der S-Bahn-Gleise (drittes und viertes Gleis) realisiert wird, um die unerträgliche Situation für PendlerInnen nach Frankfurt und aus Kassel endlich verbessern zu können.
- Die Obere Lahntalbahn und die Burgwaldbahn müssen weiter in ihrer Attraktivität gesteigert werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Bahnhöfe im Landkreis barrierefrei werden. Dies betrifft nicht nur eine kleine Randgruppe. 20 – 25% der Fahrgäste sind mobilitätseingeschränkt, denn dieser Personengruppe sind neben den Menschen mit Behinderung u. a. auch ältere Menschen, Menschen mit einer Verletzung oder Personen mit Kinderwagen, schwerem Gepäcke oder Fahrrädern zuzuordnen. Darüber hinaus führt der barrierefreie Ausbau des ÖPNV z.B. durch eine bequeme Zugänglichkeit zum Fahrzeug zu einer allgemeinen Attraktivitätssteigerung des ÖPNV.
- Darüber hinaus fordern wir Fahrradparkhäuser an den Bahnhöfen und Vandalismus sichere Abstellplätze an den P+R Plätzen und Haltestellen.
- Die Mitnahmemöglichkeit von Fahrrädern im ÖPNV muss sich weiter verbessern.
- Für den Freizeitverkehr ist das Radwegenetz im Kreis in den vergangenen Jahren bereits gut ausgebaut worden. Wir setzen uns für nötige Lückenschlüsse ein (z. B. K 14 Kirchhain-Stadtallendorf oder Marburg-Gießen), um das Fahrrad auch im Alltagsverkehr zu stärken.
- Wir wollen die Nutzung von Pedelecs (Pedal Electric Cycle) attraktiver machen. Diese elektrischen Fahrräder erfreuen sich in letzter Zeit immer größerer Beliebtheit und sind eine gute Alternative zum herkömmlichen Fahrrad. Mit ihnen lassen sich nicht nur größere Entfernungen und Steigungen einfacher bewältigen, sie erleichtern auch mobilitätseingeschränkten oder älteren Menschen der Zugang zum Fahrrad. Wir unterstützen das Engagement des Landkreises, Ladestationen entlang des Radwegenetzes zu schaffen und wollen dies auf das ganze Kreisgebiet ausdehnen.
- Wir brauchen im Landkreis mehr Car-Sharing-Angebote, Standorte könnten hier an Bahnhöfen sein.
- Dort wo der Kreis als Straßenverkehrsbehörde die Möglichkeit hat, wollen wir Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in Ortsdurchfahrten verwirklichen.

- Der geplante Weiterbau der A 49 ist verkehrspolitisch überflüssig, umweltzerstörend und finanzpolitisch unverantwortlich. Mit den dafür nötigen über 700 Mio. Euro könnten einige wichtige Ortsumfahrungen gebaut werden und noch viel Geld gespart werden, um tatsächlich der Region auch wirtschaftlichen Nutzen zu bringen.

Wasser

Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Es ist unser Lebensmittel Nr. 1 und ein riesiger Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Wir GRÜNE setzen uns für den Schutz der Wasserökosysteme und der Wasserkreisläufe ein und wollen, dass unsere heimischen Gewässer weiterhin eine so gute Gewässergüte aufweisen.

Die Wasserversorgung in Deutschland erfolgt flächendeckend in hoher Trinkwasserqualität. Nur sehr selten kommt es zu Versorgungsausfällen. Damit dies so bleibt, wollen wir, dass die Wasserversorgung auch in Zukunft Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge bleibt und lehnen eine Privatisierung, die nur das Ziel der Gewinnmaximierung hat, ab.

Auch die Entsorgung von Abwasser ist vorbildlich geregelt. Einige neue Regelungen stellen die Städte und Gemeinden künftig vor große Herausforderungen. Das ist zum einen die Prüfung der Hauptkanäle und der Hausanschlüsse, zum anderen aber auch die Forderung, dass Regenwasser die Abbauleistung in den Kläranlagen nicht mehr verringern darf (getrennte Gebührenberechnung). Darüber hinaus muss weiterhin darauf geachtet werden, dass unsere Kläranlagen dem Stand der Technik entsprechen und auch neu auftretende problematische Stoffeinträge in die Vorfluter gelangen. Außerdem ist verstärkt die Nutzung der Abwasserabwärme (auch schon im Kanal) zu prüfen bzw. bei Planungen mit zu berücksichtigen.

Mit Wasser muss sorgsam und sparsam umgegangen werden. Zur Schonung der Trinkwasservorräte soll die Verwendung von Brauchwasser gefördert werden. Es muss vor Schadstoffeinträgen aus Landwirtschaft, Industrie, Verkehr und Konsumprodukten geschützt werden.

Der Klimawandel wird die derzeitigen Probleme bei Wasserversorgung, Wasserverteilung und Hochwasser in Zukunft noch verschärfen. Das wird auch zu neuen Problemen führen. Es wird in Folge des Klimawandels in Deutschland in Zukunft häufiger mit Starkregenereignissen gerechnet; dadurch steigt die Hochwassergefahr. Der natürliche Hochwasserschutz muss deshalb weiter verbessert werden, z. B. durch die Schaffung weiterer Retentionsräume die mehr Wasser aufnehmen und die Fließgeschwindigkeit verlangsamen. Außerdem sind sie wertvolle Lebensräume für viele Pflanzen und Tiere.

Boden

Der Boden ist neben Luft und Wasser unentbehrlich für unser Leben. Er erfüllt zahlreiche Funktionen, die für uns Menschen und den Erhalt der Ökosysteme von grundlegender Bedeutung sind. Auch hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels in der Stadt sind die Böden von zentraler Bedeutung, da sie z.B. Temperatur regulierend wirken. Einmal entstandene Schäden können nur mit hohem Aufwand beseitigt werden.

Böden und deren Funktionen müssen deshalb vor nachteiligen Einwirkungen geschützt werden und sparsam sowie schonend genutzt werden.

Auf kommunaler Ebene gibt es vielfältige Möglichkeiten Böden zu schützen. Wir GRÜNE wollen,

- dass der Boden bei allen Planungen und Projekten der Kommunen (Bauleitplanung, Flächeninanspruchnahme durch Hoch- und Tiefbauten) als Schutzgut berücksichtigt wird und
- dass überflüssige Versiegelungen vermieden oder zurückgebaut werden.
- Auch sollen besonders schutzwürdige Böden im Landkreis vor zerstörerischen Nutzungen geschützt werden.
- Der Kreis steht in der Verantwortung seine Freiflächen verstärkt so zu pflegen, dass die Böden nicht belastet werden. Er soll damit Vorbildfunktion gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern übernehmen.

Hauptzielsetzung des kommunalen Bodenschutzes muss darüber hinaus die Reduzierung des Flächenverbrauchs bzw. der Flächeninanspruchnahme sein, damit intakte Böden vor zerstörerischen Nutzungen geschont werden.

Luft

Saubere Luft ist für die Erhaltung unserer Gesundheit unerlässlich. Die GRÜNEN werden sich auch zukünftig für eine Minderung der Schadstoffbelastung der Luft, insbesondere mit Feinstäuben**,** einsetzen. Feinstaubbelastungen können zu Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislaufversagen und Lungenkrebs führen. Deshalb ist es dringend erforderlich, die Feinstaubbelastungen dort zu reduzieren, wo sie entstehen.

Konsequente Maßnahmen zur Minderung der Schadstoffbelastung sind dringend erforderlich:

- Der Fahrzeugpark des Kreises und die regionale Busflotte sollt auf den Betrieb mit Gas, den Betrieb mit nachwachsenden Rohstoffen, Elektro- oder Hybridfahrzeuge umgestellt werden, um Dieselruß und CO_2 Ausstoß zu vermeiden.
- Alte Ölheizungen und alte Holzfeuerstätten sind zu erneuern und durch moderne schadstoffarme Brenner zu ersetzen. Dies gilt für Privatwohnungen ebenso wie für Gewerbe- und Verwaltungsgebäude.
- Vor allem ist die Nutzung von Solarenergie zur Warmwasserbereitung und zur Heizungsunterstützung auch zukünftig zu forcieren, weil sie schadstofffrei funktioniert und die Luft gar nicht belastet.

Für eine wirkliche Verbesserung der Umweltbilanz gibt es letztendlich nur ein Rezept: weniger Auto- und mehr öffentlicher Nah-, Fahrrad- und Fußverkehr.

Emanzipative Sozialpolitik und gesellschaftliche Teilhabe

Gleichstellung

Wir Grünen stehen für eine tolerante, weltoffene Gesellschaft, in der alle Gruppen gleichberechtigt miteinander leben. Leider gibt es immer noch einige Gruppen, die systematisch benachteiligt sind bzw. in einigen Bereichen erschwerte Zugangsbedingungen haben. Dazu gehören sozial Schwächere, Menschen mit Migrationshintergrund, Schwule und Lesben, Menschen mit Behinderung aber auch Frauen und Kinder. Diese Benachteiligungen und Diskriminierungen abzubauen ist und war schon immer Ziel GRÜNER Politik.

Obwohl sich die öffentliche Akzeptanz gegenüber Schwulen und Lesben in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat, sind sie immer noch Diskriminierungen und Anfeindungen ausgesetzt. Wir GRÜNEN stehen für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft und setzen uns für eine endgültige Gleichstellung Homosexueller in allen Bereichen ein.

Wir GRÜNEN stehen für eine moderne Gleichstellungspolitik, die wir als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern begreifen. In der Vergangenheit haben wir schon einiges erreicht; trotzdem ist eine eigenständige Frauenpolitik nach wie vor unverzichtbar. Noch immer sind Frauen in den Führungs- und Leitungsebenen von öffentlichen und privaten Unternehmen deutlich unterrepräsentiert. Bei gleicher Arbeit bekommen Frauen immer noch durchschnittlich 8% weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen, im Durchschnitt aller Löhne sogar 23%.

Innerhalb der Kreisverwaltung setzen wir uns für eine konsequente Umsetzung des Frauenförderplans ein, damit auch hier Frauen in allen Bereichen gleichmäßig repräsentiert sind. Außerdem fordern wir Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting in allen Bereichen der Verwaltung.

Aber auch in den Gremien des Landkreises soll die gesetzliche Vorgabe, die Hälfte mit Frauen zu besetzen, endlich mal ernst genommen werden (z. B. Verwaltungsrat / Leitung der Sparkasse).

Der Benachteiligung von Frauen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik gilt es nachhaltig entgegenzuwirken. Dass dies gelingen kann, zeigen Förderansätze des Kreisjobcenters mit denen insbesondere junge Mütter und Frauen beim Wiedereinstieg in den Beruf gefördert worden sind. Diese Ansätze müssen verstärkt fortgesetzt werden. Die Auswertung des Budgets nach Gendergesichtspunkten ist ein wichtiger Ansatzpunkt in der Arbeitsweise des Kreisjobcenters.

Mädchen verfügen zwar mittlerweile über eine besonders gute Schulbildung und machen hervorragende Abschlüsse, entscheiden sich am Ende aber überproportional häufig für Berufsfelder oder Studienfächer, in denen überwiegend Frauen tätig sind und die letztendlich auch nicht besonders gut entlohnt werden. Damit schöpfen sie auf der einen Seite ihre Berufsmöglichkeiten und späteren Karrierechancen nicht voll aus; auf der anderen Seite fehlt in den technischen Berufen aber immer stärker an qualifiziertem Nachwuchs. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Der Landkreis Marburg-Biedenkopf war einer der ersten, der den Girls-Day durchgeführt hat. Dieser ist mittlerweile zu einer festen Institution geworden und soll weiter durchgeführt werden. Daneben muss es aber auch Aktivitäten geben, das

Berufswahlverhalten von Jungs zu verbreitern. Außerdem reichen einmalige Aktionen, wie Girls- oder Boys-Days nicht aus. Das Thema muss Inhalt der schulischen Berufsorientierung sein.

Wir unterstützen die verschiedenen Unternehmerinnen- und Existenzgründungsnetzwerke, die Frauen bei ihrem Weg in die Selbstständigkeit wertvolle Unterstützung geben. Außerdem bekommen Unternehmerinnen nach wie vor seltener Kredite und diese auch noch zu schlechteren Konditionen, obwohl die Banken weniger Ausfälle haben. Diese Praxis muss sich ändern.

Denn viele Frauen sind sehr erfolgreich. Mittlerweile ist die Frau in gut jedem fünften Familienhaushalt die Haupternährerin, ohne dass Familienaufgaben neu verteilt werden. Frauen übernehmen neben ihrer Berufstätigkeit noch immer die Hauptaufgabe in der Erziehung von Kindern und der Pflege von Angehörigen. Hier gilt es neben einem erforderlichen Bewusstseinswandel der Männer auch die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Entlastung in diesem Bereich zu schaffen. Dazu gehören beispielsweise flexible Arbeitszeitmodelle, die die Pflege von Angehörigen ermöglichen. Der Landkreis ist hier innerhalb seiner Verwaltung bereits vorbildlich. Auch gute und flexible Kinderbetreuungseinrichtungen sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unabdingbar. Die hervorragende Betreuungsquote im Landkreis muss dafür stetig weiter verbessert werden (vgl. Bildung und Betreuung).

Frauen und Kinder sind nach wie vor sehr viel häufiger Opfer von häuslicher oder sexualisierter Gewalt. Mit der Einrichtung des „Runden Tisches – Keine Gewalt gegen Frauen und Kinder" wurde bisher eine wichtige und unverzichtbare Arbeit geleistet, die weiter fortgeführt werden muss. Darüber hinaus müssen die Anti-Gewalt-Projekte und Beratungsstellen wie das Frauenhaus, der Notruf, Wildwasser oder der Kinderschutzbund weiter unterstützt werden.

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf leben viele Menschen aus unterschiedlichsten Nationen und Kulturen. Der Landkreis hat in der Vergangenheit eine Reihe von Anstrengungen unternommen, sich für eine gleichberechtigte Teilhabe aller an unserer Gesellschaft einzusetzen. Mit der Einrichtung des Büros für Integration oder Projekten wie die aufsuchende Elternschule oder Hausaufgabenhilfe konnte schon eine ganze Reihe erreicht werden. Diese Ansätze sind fortzuführen. (s. Kapitel Gesellschaftliche Teilhabe)

Auch für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung konnte schon einiges erreicht werden (z. B. Persönliches Budget, die Schaffung der Stelle eines Behindertenbeauftragten in der Kreisverwaltung). Gerade aber im Bereich der Inklusion oder der Barrierefreiheit besteht noch erheblicher Handlungsbedarf (vgl. Kapitel Gesellschaftliche Teilhabe, Bildung, Verkehr)

Soziale Teilhabe

Die Realisierung sozialer Teilhabe ist zentrales Ziel grüner Jugend-, Alten-, Behinderten-, Integrations-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Der Landkreis als wichtigster Sozialleistungsträger hat für folgende Zielsetzungen zu sorgen:

- Junge Menschen sollen gleichberechtigte Chancen in der schulischen und beruflichen Ausbildung haben. Ihre Potentiale müssen gefördert werden. Dabei gilt es besonders früh anzusetzen.
- Der Landkreis als Grundsicherungsträger im Bereich des SGB II muss dafür sorgen, dass Langzeitarbeitslosigkeit wirkungsvoll bekämpft wird.

Wer auf Hilfen angewiesen ist, soll schnell, umgehend Unterstützung erhalten. Unterstützungsmaßnahmen (wie Qualifizierung, Fortbildung, Arbeitsgelegenheiten, etc.) müssen passgenau organisiert werden.

- Langzeitarbeitslose Menschen sollen schnell vermittelt, umfassend gefördert und inklusive ihrer Familien sozial stabilisiert werden.
- MigrantInnen sollen Chancen gesellschaftlicher Teilhabe geboten werden. Wer Unterstützungsangebote erhält, sollte auch aufgefordert werden, diese wahrzunehmen oder eigene Alternativen zu entwickeln.
- Für Menschen mit Behinderung soll der Landkreis als Lebens- und Arbeitsort gute Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben liefern.
- Im Falle der Pflegebedürftigkeit soll Selbstbestimmung vordringliches Prinzip der Organisation von Pflege und Hilfen sein.

Soziale Teilhabe ist nicht nur ein wichtiges Prinzip für Menschen, die sozial benachteiligt sind, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt zukunftsweisend. Wenn junge Menschen nicht ausbildungsreif die Schule verlassen, ist das bei rückläufigen Schülerzahlen ein zunehmendes Handikap für die Unternehmen in der Region, die Fachkräfte suchen werden. Wenn Menschen mit Behinderung kaum Chancen eines Arbeitsplatzes auf dem ersten Arbeitsmarkt geboten werden, ist dies auch nachteilig für die Gesellschaft, die sich durch Sonderwelten ihrer sozialen Vielfalt beraubt. Wenn alte Menschen ihrem Wunsch nach möglichst langem Leben in der eigenen Wohnung kaum nachkommen können, da das Angebot der Hilfen sich zu stark auf stationäre Bereich beschränkt, ist das nicht nur menschenunwürdig, sondern auch kaum zu finanzieren.

Über 20.000 Menschen im Landkreis profitieren von den Leistungen des Landkreises in den Bereichen des SGB II, SGB VIII bzw. SGB XII. Der Landkreis hat in den vergangenen Jahren den Anteil früher Hilfen für Kinder ausgebaut, Jugendlichen im Übergang von Schule in den Beruf deutlich optimierte Bedingungen gegeben, effektive Strukturen zur Eingliederung in Arbeit mit dem Kreisjobcenter etabliert, Chancen eines selbstbestimmten Lebens für Menschen mit Behinderungen erhöht und ambulante Versorgungsformen bei Pflege und im Alter stark gefördert.

Arbeitslosigkeit betrifft im Landkreis deutlich häufiger MigrantInnen, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, psychisch kranke Menschen und Menschen, die schlechte Schulabschlüsse haben. Eine wirkungsvolle Politik gegen Arbeitslosigkeit kann sich daher nicht auf die Arbeitsvermittlung und den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente beschränken. Der Landkreis hat dafür Sorge zu tragen, dass gemeinsam mit anderen Institutionen die Ursachen sozial bedingter Arbeitslosigkeit behoben werden. Eine gute Arbeitsmarktpolitik ist daher immer auch Bildungspolitik, Jugendförderung und Sozialpolitik.

Mehr als 40% der Kinder unter 6 Jahren im Landkreis haben einen Migrationshintergrund. Dies zeigt, dass die Bemühungen um Integration zu den zentralen Handlungsfeldern des Landkreises zählen müssen. Mit dem Büro für Integration hat der Landkreis in den letzten Jahren wichtige Impulse gesetzt und Initiativen gestartet. Das Büro organisiert seit vielen Jahren einen runden Tisch, der auch die Stadt Marburg mit einbezieht. Mit der aufsuchenden Elternschule,

der Sozialberatung, der Informationsverbreitung und der Hausaufgabenhilfe werden seit Jahren Integrationsansätze fruchtbar verfolgt.

Für die künftigen Jahre gilt es, die Erfolge zu erhalten und folgende Zielsetzungen und Maßnahmen zu verfolgen:

- Insbesondere präventive und frühzeitig ansetzende Hilfen müssen erhalten, gestärkt und insbesondere im Bereich kleiner Kinder ausgebaut werden.
- Frühe Hilfen, wie „Menschenskind", „Null bis Sechs" und VIP-aufsuchende Elternschule, gilt es dauerhaft zu etablieren und fortzuentwickeln.
- Soziale Leistungen des Landkreises müssen dauerhaft finanziell abgesichert werden. Um insbesondere im Präventionsbereich, beim Opferschutz und bei anderen Feldern, die nicht unmittelbar gesetzlich geregelt sind, mehr tun zu können, sind alle Möglichkeiten zur Ausweitung der Finanzmittel (wie z.B. Sponsoring, Stiftungen, Einwerben von Fördermitteln) auszuschöpfen.
- Die Partizipationschancen insbesondere jüngerer Menschen wollen wir weiter ausbauen.
- Präventiv ausgerichtete Aktivitäten sollen koordiniert und aufeinander abgestimmt werden.
- Kinder und Jugendliche in Notlagen muss effektiv geholfen werden. Die Jugendhilfe muss ihr System des Umgangs mit Kindeswohlgefährdungen immer wieder neu überprüfen und konsequent den Kinderschutz im Auge haben. Um notwendige Hilfen passgenau zu entwickeln und auch finanziell besser steuern zu können, soll das Prinzip der Regionalisierung (Verantwortlichkeiten kleinräumiger organisieren) und Sozialraum-orientierung weiter ausgebaut werden. Dabei ist auf eine gute Zusammenarbeit mit regional ausgerichteten freien Trägern zu achten.
- Unterstützungsangebote für Kinder von Eltern mit psychischen Erkrankungen oder Suchterkrankungen sind weiter zu stärken.
- Der Landkreis sollte die enge Zusammenarbeit mit der Liga der freien Wohlfahrtspflege fortsetzen und für eine Vielfalt der Trägerlandschaft eintreten.
- Jugendliches freiwilliges Engagement sollte besser belohnt werden. Die Bedingungen zum Erhalt der Ehrenamtscard muss für Jugendliche angepasst werden.
- Das Kreisjobcenter muss weiterhin einen Schwerpunkt auf die schnelle Vermittlung in den ersten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, die Qualifizierung, die Förderung von Frauen und die soziale Stabilisierung legen.

- Der Aufgabenverbund Jugendberufshilfe muss erhalten bleiben, um benachteiligten Jugendlichen bessere Chancen bei der Ausbildung zu verschaffen.
- Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik generell aber speziell auch Arbeitsgelegenheiten dürfen nur zielgenau eingesetzt werden und müssen den Menschen helfen.
- In Zusammenarbeit mit den Schulen muss an einer besseren Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen gearbeitet werden. Der Aufgabenverbund Jugendberufshilfe muss weiterhin aktiv Angebote für Jugendliche machen und auch den Übergang Schule und Beruf fördern.
- Die Hausaufgabenhilfe für Kinder mit Migrationshintergrund gilt es schwerpunktmäßig als Regelangebot an den Grundschulen zu etablieren.
- Der Landkreis soll gezielt Vereine unterstützen, die sich aktiv für die Aufnahme von Migrantinnen und Migranten einsetzen.
- Um Menschen mit Behinderungen Chancen auf mehr Selbstbestimmung und Inklusion zu bieten, sollen in Zusammenarbeit mit dem LWV personenzentrierte Hilfen, Persönliches Budget, Arbeitsmöglichkeiten auch außerhalb der Werkstatt und gemeindeorientierte Unterstützungsformen gefördert werden.
- In allen Fragen rund um die Pflege soll die mit dem Pflegestützpunkt entstandene Beratungsstruktur weiter flächendeckend ausgebaut werden. Der Landkreis soll sich auch im Bereich der Eingliederungshilfe als Leistungsträger etablieren und seinerseits aktiv Alternativen zum Pflegeheim ermöglichen.
- Zur Etablierung wohnortnaher Hilfeformen bei Pflegebedarf und im Alter soll der Landkreis ein eigenes Förderprogramm auflegen.
- Zur Vorbeugung seelischer Erkrankungen soll vom Landkreis das Netzwerk seelische Gesundheit unterstützt werden.

Um gesellschaftliche Teilhabe zu fördern, sind die finanziellen Rahmenbedingungen entscheidend. Sowohl die Bundes- als auch die Landesebene muss die Kommunen ausreichend finanziell ausstatten. Wenn in Hessen dem kommunalen Finanzausgleich Geld entzogen wird, bedeutet dies, dass soziale Leistungen eingeschränkt werden.

Handlungsmöglichkeiten im Sozialbereich gilt es nicht zu beschränken, sondern auszubauen. Daher sind vom Bund flexible Verwendungsmöglichkeiten der Eingliederungsmittel nach dem SGB II zu fordern. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass nicht nur Gelder für die schnelle Vermittlung in Arbeit oder die Schönung von Arbeitslosenzahlen ausgegeben werden, sondern auch Mittel zur langfristigen Stabilisierung von langzeitarbeitslosen Menschen zur Verfügung stehen.

Außerdem darf in der Jugendhilfe kein Raubbau an der Zukunft erfolgen, indem für präventive Maßnahmen kein Geld mehr da ist und damit spätere kostenintensive Hilfen zur Erziehung nicht vermieden werden können.

Das Land Hessen muss dringend den Landkreisen mehr Möglichkeiten bieten, neue Wohn- und Lebensformen im Alter selbst zu fördern. Daher ist vom Land aus dem kommunalen Finanzausgleich entnommenes Geld für die sog. Objektförderung in der Altenhilfe, den Kommunen wieder zurückzugeben.

Demografischer Wandel

Eine der großen Herausforderungen für unseren Landkreis ist der demografische Wandel. Bis zum Jahr 2050, so sagen die Prognosen, wird sich die Bevölkerung in Marburg-Biedenkopf um rund ein Fünftel reduzieren, die Zahl der über 65jährigen wird sich verdoppeln und die der unter 20jährigen fast halbieren.

Der demografische Wandel ist unvermeidlich. Jedoch können wir seine Folgen abmildern und steuern, in dem der Landkreis Marburg-Biedenkopf für die Bürgerinnen und Bürger als Lebensmittelpunkt ebenso attraktiv bleibt, wie für Handel, Dienstleistung und Gewerbe.

Der Landkreis hat hier in dem Beteiligungsprojekt „Demografischer Wandel" einen Handlungskatalog aufgestellt, dessen Umsetzung in der kommenden Legislaturperiode weiterverfolgt werden muss:

- Der Bevölkerungsrückgang wird auch Auswirkungen auf die Wohnraumsituation haben. Vor allem der Bedarf nach kleineren und barrierefreien Wohnmöglichkeiten wird künftig steigen.
- Gerade in den alten Ortskernen kleinerer Orte sind jetzt schon viele Leerstände, vor allem von ehemals landwirtschaftlichen Nebengebäuden, aber auch Wohnhäusern zu verzeichnen. Hier müssen Anreize für den Erhalt und ggf. Umbau geschaffen werden. Der Erhalt schützenswerter Bausubstanz und berechtigte Nutzungsinteressen sind dabei abzuwägen.
- Um die alten Dorfkerne zu erhalten und das Ausufern der Dörfer in die Landschaft zu vermeiden, sollte auf die Ausweisung weiterer Baugebiete verzichtet werden (Innenentwicklung vor Außenentwicklung).
- Die Infrastruktur in den Orten muss gesichert werden. Dies betrifft neben zu erhaltenen Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen auch kulturelle Angebote. Hier sind auch die Nutzungskonzepte der Dorfgemeinschafts-häuser zu prüfen.
- Die Gesundheitsversorgung muss auch im ländlichen Raum weiter gewährleistet sein. Vor allem die ärztliche Versorgung muss sichergestellt sein.
- Statt großer überdimensionierter Altenwohnanlagen brauchen wir kleine Pflegeeinrichtungen, betreutes Wohnen und ambulante häusliche Pflege.
- Das Kultur-, Freizeit- und Sportangebot muss sich stärker auf die neuen Zielgruppen einstellen.
- Wir brauchen einen gut ausgebauten und barrierefreien ÖPNV (vgl. Kapitel Verkehr)

Kulturelle Vielfalt und Integration

Der Landkreis hat ein vielfältiges und breites Kulturangebot, das es zu erhalten gilt. Denn Kunst und Kultur fördern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Integration von Menschen, ob aktiv oder im Publikum.

Das Kulturangebot im Landkreis wird von einer großen Zahl kultureller Institutionen, Initiativen und Vereine getragen, die in ganz unterschiedlichen Bereichen ein breites Angebot auf die Beine stellen. Dazu gehören neben klassischen Einrichtungen wie den Theatern, Museen und Gedenkstätten, Musikschulen oder der Volkshochschule eine breites Spektrum von Theater-initiativen, Chören, Bands und Orchestern, Künstlervereinigungen oder Vereinen, die sich um den Erhalt historischer Bausubstanzen bemühen. Dieses Engagement gilt es weiter zu unterstützen. In der Vergangenheit wurde beispielsweise regelmäßig der Otto-Ubbelohde-Preis oder der Jugendkulturpreis verliehen. Auch die Kunsttage des Kreises sind ein jährliches Highlight in der lokalen Kulturlandschaft, ergänzt durch vielfältige Einzelausstellungen.

Viele dieser Initiativen tragen auch zur kulturellen Bildung bei. Vor allem Kinder und Jugendliche haben ein Anrecht auf kulturelle Bildung. Sie müssen die Chance erhalten, ihre Persönlichkeit zu entwickeln, ihre kreativen Fähigkeiten zu spüren und zu nutzen und auf diese Weise Selbstachtung und Anerkennung zu gewinnen. Dabei kommt der interkulturellen Kulturarbeit eine besondere Bedeutung zu. Denn Kultur führt zusammen und fördert das Verständnis für das Andere und Unbekannte. Junge Menschen dürfen nicht an den Rand gedrängt werden, sondern brauchen öffentliche Räume für ihre Kreativität. Im Hinblick auf steigenden Rechtsradikalismus und zunehmende Gewalt unter Jugendlichen bedeutet die Bereitstellung und Förderung von kulturellen Angeboten eine notwendige soziale Prävention und ist damit eine nachhaltige Investition.

In der Vergangenheit wurde das Schloss in Biedenkopf saniert und als Museum modernisiert. Wünschenswert wäre hier eine moderne und ansprechende Museumspädagogik, um dieses Wahrzeichen auch in Zukunft attraktiv zu erhalten.

Sport und Gesundheit

Viele Menschen im Landkreis betätigen sich sportlich, und zwar nicht nur passiv vor dem Fernseher, sondern aktiv auf dem Rad, beim Joggen oder Schwimmen oder in einem der zahlreichen Vereine. Und obwohl die Bevölkerung immer älter wird, nimmt das Bedürfnis nach sportlicher Betätigung vor allem im unmittelbaren Wohnumfeld und bei Senioren zu.

Neben den gesundheitlichen Aspekten ist Sport aber auch Kultur und hat viele soziale Aspekte. Miteinander gewinnen und verlieren können und in Gemeinschaft Sport treiben sind wichtige Erfahrungen in allen Altersgruppen, die Aktivität und Miteinander stärken. Der Landkreis stellt, nicht nur im Rahmen des Schulsports, eine Vielzahl von Sporthallen zur Verfügung. Einige konnten in der Vergangenheit bereits saniert werden. Diese Sportstätten sind für den Vereinssport unverzichtbar und sollen nach wie vor kostenlos angeboten werden.

Im Rahmen der Ehrenamtsförderung soll auch das ehrenamtliche Engagement im Sport weiter gefördert werden. Die Jugendarbeit und die Bemühungen um Integration sollten bei der Vereinsförderung besonders beachtet werden. Sport

ist auch soziale Integration, hier treffen Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammen. Sozialpolitische Gestaltungsmöglichkeiten sind durch Projekte im Einzelfall zu klären.

An einigen Schulen wurden die Schulhöfe bereits in Bewegungslandschaften umgestaltet. Dies soll weitergeführt werden. Da immer mehr Schulen Ganztagsangebote haben, wird sich ein spürbarer Teil des Jugendsportes von den Vereinen in die Schulen verlagern.

Neben der klassischen Sportförderung von Breiten- und Spitzensport über Vereine, die ihren Höhepunkt in der jährlichen Kreissportlerehrung findet, sollten vor allem Sportangebote für nicht so leistungsstarke Menschen stärker in den Vordergrund gerückt werden. Neben Angeboten für Seniorinnen gilt es hier vor allem Kinder- und Jugendliche, die bis jetzt keinen Zugang zum Sport hatten, stärker mitzunehmen.

Zu unserem Verkehrskonzept gehört die Ausweitung des Radwegenetzes. Das kommt auch der Nutzung des Rades für sportliche Zwecke zugute.

Feuerwehr und Rettungsdienst

Die ehrenamtlichen Feuerwehren in den Städten und Gemeinden des Landkreises und die Hilfsdienste von THW und DRK etc. sind ein unverzichtbarer Bestandteil des örtlichen Brand- und Katastrophenschutzes. Über 5000 Menschen sind in diesen Bereichen ehrenamtlich aktiv. Davon fast 2000 Jugendliche.

Sowohl für die Feuerwehren als auch für die Hilfsdienste gilt es in den nächsten Jahren den Nachwuchs zu sichern. Angesichts der veränderten Anforderungen infolge des Klimawandels, insbesondere der Zunahme von Überschwemmungs- und Sturmschäden aber auch zunehmenden Waldbrandgefahren und auftretenden Großgefahrenlagen, bedarf es hoher organisatorischer sowie personeller (in der Regel ehrenamtliche) und finanzieller Voraussetzungen. Infrastrukturell sind die Bedingungen in Verantwortung des Landkreises geschaffen. Der Landkreis sollte aber eine mit den Kommunen in deren Bedarfs- und Entwicklungsplänen abgestimmte Perspektive weiterentwickeln und daran die Bezuschussungskriterien knüpfen. Im Fokus steht dabei die ortsteilübergreifende Kooperation, die angesichts der rückläufigen Bevölkerungszahlen und der Engagement Bereitschaft zukunftsweisend sein dürften.

Die Umstellung auf Digitalfunk sollte eigentlich kostenneutral für die kommunale Familie gestaltet werden, da es aus einer Landesvorgabe resultiert.

Im Rettungsdienst ist das System der Rettungswachen so zu gestalten, dass die Hilfsfristen überall eingehalten werden können. Synergien sind unbedingt zu erschließen. So ist die Zusammenarbeit von Rettungswache und ärztlichem Bereitschaftsdienst in Stadtallendorf Vorbild für andere Landkreisteile.

Erziehung, Bildung und Betreuung

Perspektiven für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

Kinder brauchen bessere Perspektiven. Eine gute Erziehung und ein auf das einzelne Kind abgestimmtes Bildungsangebot sind zentrale Ziele unseres kommunalpolitischen Engagements.

In Deutschland wird zu wenig in Kinder investiert. Angebote für Eltern, frühe Hilfen, Qualität und hohe Fachlichkeit in Kindertagesstätten werden als Luxus betrachtet. Dabei sollte es genau umgekehrt sein: Eltern sollten in ihrer Erziehungsverantwortung massiv unterstützt werden. Fachkräfte, die mit jungen Kindern arbeiten, müssten bestens ausgebildet und übrigens auch entsprechend bezahlt sein. Alle wissenschaftlichen Befunde weisen darauf hin, dass in den frühen Phasen des Lebens die Weichen für die emotionale, geistige und soziale Entwicklung von Kindern gestellt werden.

Zur Erziehung und Bildung gehört der Bereich der Gesundheit, Ernährung und Bewegung untrennbar hinzu. Dies muss integraler Bestandteil der Kindertagesstättenarbeit aber auch der schulischen Erziehung werden.

Betreuungsmöglichkeiten müssen bedarfsgerecht vorhanden sein. In Kindertagesstätten und Betreuungsangeboten aber auch in der Kindertagespflege müssen fachlich hochwertige Erziehungskompetenzen und Bildungsangebote fest etabliert sein.

Kinder und Jugendliche sollen unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft Zugang zu den Bildungssystemen erhalten. Sie müssen ihren Fähigkeiten, Neigungen und Kompetenzen entsprechend gefördert werden. Das Schulsystem muss daher auf Einzelne intensiv eingehen, soziales Lernen fördern, durchlässig sein und die Ausgrenzung der Schwächeren beenden. Um die beruflichen Chancen zu erhöhen, muss Berufsorientierung frühzeitiger Alltag in allen Schulformen werden - ohne allerdings Bildung auf die Verwertbarkeit von Wissen zu reduzieren.

Inklusion als Leitziel bietet die Chance, dass Kinder ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden. Das Thema Inklusion ist daher nicht nur wichtig für Kinder mit Behinderungen. Alle Kinder von den im Schulsystem leistungsschwächeren bis zu den leistungsstärkeren wird durch ein inklusiv ausgerichtetes Lernen eine bestmöglichste Förderung geboten.

Neben schulischer Bildung sind weitere Erfahrungs- und Lernmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche wichtig. Daher bedarf es auch außerschulischer Bildungsangebote, Räume und Zeiten in denen Kinder in der Lage sind, die Welt selbst zu entdecken. Der informellen Bildung sollte ausreichend Bedeutung beigemessen werden.

Das lebenslange Lernen soll der Entfaltung der Persönlichkeit, der Teilhabe und der demokratischen Entwicklung dienen. Es darf nicht auf berufliche Zwecke hin reduziert werden. Der Bereich der Erwachsenenbildung ist daher breit aufzustellen.

Der Landkreis als Handlungsebene ist im Bereich der Erziehung, Bildung und Betreuung nur in Teilbereichen verantwortlich – als Jugendhilfeträger, als

Schulträger und als Träger der vhs. In der Kindertagesbetreuung hat der Landkreis nur aufsichtliche Funktionen. Im Schulbereich ist die Rolle auf die äußere Schulverwaltung beschränkt.

Im Rahmen dieser Handlungsmöglichkeiten sind in den letzten Jahren unter GRÜNER Verantwortung einige wegweisende Weichenstellungen in der Erziehung, Bildung und Betreuung erfolgt. Beispielhaft sei genannt:

- Mit „Menschenskind", der „aufsuchenden Elternschule" und „Null bis Sechs" sind Formen der frühen Hilfen für Kinder und Eltern etabliert worden, die bundesweit beispielgebend sind.
- Mehr als 25% aller Kindertagesstätten im Landkreis haben das Thema Erziehung im Rahmen einer vom Landkreis angestoßenen Fortbildung über 3 Jahre intensiviert.
- Die Schulen sind modern ausgestattet. Die Schüler- PC Relation liegt mit 5:1 auf einem hessenweiten Spitzenplatz und ist in den letzten Jahren deutlich verbessert worden. Investiert wurde stark in naturwissenschaftliche Fachräume und die Verbesserung des Lernumfeldes.
- Das breite Schulangebot konnte entgegen der Abbaubestrebungen des Landes (Einführung von Richtgrößen unter Ministerin Wolff als k.o.-Kriterium für Schulformen) erhalten werden. Die erfolgreiche Umwandlung in eine Integrierte Gesamtschule in Neustadt zeigt, dass es gerade im ländlichen Bereich gute Alternativen gibt.
- Das Betreuungsangebot an Grundschulen wurde trotz der extrem knappen Haushaltsmittel und gedeckelten Personalstellen sukzessive ausgebaut. Derzeit nutzen rund 1350 Kinder das Angebot. Mit fast 20% aller Kinder ist das für eine ländlich geprägte Region ein hoher Anteil. Die Öffnungszeiten sind deutlich erweitert worden, es gibt Ferienangebote auch in den Oster- und Herbstferien und an einer wachsenden Zahl von Standorten auch einen Mittagstisch.
- Die Hausaufgabenhilfe des Landkreises leistet weiterhin wichtige Arbeit für die Integration von Migrantenkindern.
- Der Ernährungsführerschein ist als Angebot in den Grundschulen etabliert worden und bietet eine gute Gelegenheit, damit Schulen sich das Thema grundlegend auf die Fahnen schreiben.

Für die nächsten Jahre wollen die GRÜNEN insbesondere folgende Ziele und Maßnahmen verfolgen:

- Eltern sollen im Bedarfsfall frühzeitig – am besten von Geburt an – einen einfachen Zugang zu den diversen Hilfen erhalten.
- Zur Qualitätsverbesserung bei Erziehung und Bildung von Kindern muss die Fachberatung für Kindertagesstätten des Landkreises erhalten und gestärkt werden und die Angebote zur Stärkung der Erziehungskompetenz für Eltern ausgebaut werden.

- Um bedarfsgerechte Betreuungsmöglichkeiten zu erhalten, ist vor allem ein Ausbau im Hinblick auf mehr Flexibilität notwendig, und es bedarf angesichts der finanziellen Knappheit vor allem einer besseren Koordination. Die Kinderbetreuungsbörse soll umgebaut werden. Eltern soll eine Anlaufstelle geboten werden, die in allen Fragen rund um die Kinderbetreuung unterstützend und beratend tätig ist.
- Das Betreuungsangebot an Grundschulen muss abgesichert werden und flächendeckend ein breites Angebot bieten.
- Bei der Bildung sind geschlechterdifferenzierte Angebote ebenso zu berücksichtigen, wie im Bereich der Jugendarbeit.
- Die Schulentwicklung ist so zu steuern, dass es umfassende Bildungsangebote in allen Regionen des Landkreises gibt. Das Prinzip der Wohnortnähe muss ergänzt werden durch die Forderung nach einem möglichst qualitativ hochwertigen, umfassenden Schulangebot.
- Die Grundschulstandorte sind in der Fläche zu erhalten. Der jahrgangsübergreifende Unterricht muss qualitativ gestärkt werden. Bevor einzelnen Standorten eine Schließung droht, gilt es im Konsens mit den Schulgemeinden sinnvolle wohnortnahe Lösungen zu entwickeln.
- Es bedarf eines weiteren konsequenten Ausbaus von Ganztagsschulen, wobei es wenig Sinn macht, überall das Rumpfangebot der pädagogischen Mittagsbetreuung zu etablieren. Neben der Verstärkung der von Landesseite zu stellenden Ressourcen sind vor allem gute schulische Konzepte und eine gute räumliche Ausstattung - mit Cafeterien und Mensen - von Ganztagsschulen gefragt.
- Bei der Essensversorgung an Schulen soll Wert auf gute Qualität, die Steigerung ökologischer Produkte und dem Einsatz von regional erzeugten Lebensmitteln gelegt werden.
- Schülerinnen und Schüler sollen mit allen ihren Sorgen und Nöten ernst genommen werden. Nur so kann Lernen für alle erfolgreich sein. Daher soll der Landkreis weiterhin Sozialarbeit in Schulen unterstützen und als Jugendhilfeträger aktiv mitgestalten.
- Die Öffnung der Schulen soll weiter gefördert werden, indem Möglichkeiten der außerschulischen Bildung erhalten und bedarfsbezogen weiterentwickelt werden.
- Die Haupt- und Realschulen sind angesichts rückläufiger Schülerzahlen im Bestand bedroht. Es muss weiterhin möglich sein, umfassende Bildungsangebote im ländlichen Raum anzubieten. Dazu sollen Schulen und Schulträger alle organisatorischen Möglichkeiten nutzen.
- Schulen sollen selbständiger werden können. Der Landkreis soll die Möglichkeiten dazu unterstützen und sein Schulbudget entsprechend einbringen.

- Die UN-Konvention zur Inklusion gilt es aktiv umzusetzen. Inklusive Schulbildung muss beginnend mit Grundschule systematisch gefördert werden.
- Jedes Kind mit Behinderung soll auf eine Regelschule gehen können. Der Landkreis muss als Schulträger dafür im Einzelfall die Voraussetzungen schaffen. Kein Kind soll am Schulbesuch wegen baulichen Maßnahmen gehindert werden.
- Die Angebote für Migrantenkinder sollen weiter verstärkt werden. Dazu zählt vor allem die Sprachförderung, die frühzeitig beginnen muss. Es gilt unbedingt zu vermeiden, dass Kinder wegen Sprachdefiziten in Förderschulen unterrichtet werden. Der Landkreis soll sein spezielles Hausaufgabenangebot weiter aufrechterhalten, ausbauen und enger mit den Betreuungsangeboten verknüpfen.
- Gesundheit ist als ein wesentlicher Baustein im Schulbereich unerlässlich. Ernährung und Bewegung sollen als Angebote ausgebaut werden. Der Landkreis soll hierzu seine Angebote wie den AK Jugendzahnpflege, den Ernährungsführerschein, die Förderung sportlicher Aktivitäten und die Anpassung des Schulgeländes verstärkt fortsetzen.
- Der Übergang von der Schule in den Beruf muss verbessert werden. Der Landkreis soll sein Jugendberufshilfeangebot weiter aufrechterhalten.
- Die beruflichen Schulen in Biedenkopf und Kirchhain müssen gestärkt werden. Eine arbeitsplatznahe berufliche Beschulung ist für die Auszubildenden und die Unternehmen in der Region wichtig.
- Das Know-how der Beruflichen Schulen soll verstärkt genutzt werden. Der Landkreis soll den Prozess der Verselbständigung der Schulen unterstützen, damit diese mehr in der Lage sind, vernetzt in der Region Ausbildungs-, Fort- und Weiterbildungsangebote zu entwickeln.
- Lernen in Schulen braucht auch gute räumliche Bedingungen und Bewegungsräume. Der Schulträger ist aufgefordert, nicht nur die Gebäudesubstanz zu erhalten, sondern auch für eine gute Lernumgebung, moderne Ausstattung der Schulen und anregungsreiche Außenanlagen zu sorgen. Insbesondere die Lärmproblematik muss verstärkt angegangen werden. Daneben gilt es natürlich auch die energetische Situation der Gebäude zu verbessern.
- Der Landkreis soll in der Erwachsenenbildung weiterhin auf ein breites Angebot setzen. Die Seniorenbildungsangebote sollen künftig stärker mit dem allgemeinen Angebot der vhs verknüpft werden.
- Ansätze zur Öffnung der Philipps-Universität wie z.B. mit dem Chemikum sollen vom Landkreis aktiv unterstützt werden.

In der Schulpolitik ist vor allem das Land Hessen verantwortlich. Wir GRÜNE treten auf Landesebene aktuell insbesondere für folgende Ziele ein.

Die Landesregierung hat eine 105% Unterrichtsabdeckung versprochen und bisher nicht realisiert. Wenn jetzt das Inklusionsziel im Schulgesetz eingeführt wird, dann bedarf es einer ausreichenden Lehrerversorgung, da dies sonst, wie viele andere Vorhaben der Landesregierung, zu einem leeren Versprechen wird.

Zunehmend ist feststellbar, dass die Landesregierung Schulformen über die Lehrerversorgung benachteiligt. Dies gilt insbesondere für die Förderstufen, Förderschulen, die beruflichen Schulen und die integrierten Gesamtschulen.

Die vom Land angebotene Mittelstufenschule bietet diese Flexibilität nicht, da nur 1-2 Schulen der Umstieg erlaubt wird.

Die Verkürzung der Mittelstufe bei der Einführung von G 8 war das falsche Konzept. Dies führt zu sozialer Benachteiligung, verhindert die Durchlässigkeit der Schulformen und erhöht den Stress für alle Kinder. Daher fordern wir wieder eine verlängerte Mittelstufe. Gleichzeitig soll die Möglichkeit einer beschleunigten Oberstufe eingeführt werden.

Die Übernahme von Fahrtkosten nach dem 10ten Schuljahr durch den Bund ist ein wichtiger Schritt, um eine weitere Benachteiligung von Sozialleistungs-beziehern zu beenden.

Das vollmundige Versprechen, Schulen mehr Selbständigkeit zu geben, ist bisher weder in konzeptioneller noch personeller Hinsicht eingehalten worden. Wir setzen uns für mehr Spielräume der Schulen ein und wollen auch den personellen Bedarf, der mit der Selbständigkeit verbunden ist, abgedeckt sehen.

Das Land Hessen soll sich aktiv an der Schulsozialarbeit beteiligen und dies endlich als integralen Bestandteil des Angebotes an einer Schule ansehen.

Der Ausbau des Ganztagsangebotes erfolgt immer noch zögerlich und meist nur durch Ausweitung des Rumpfangebots der sog. pädagogischen Mittagsbetreuung. Das muss sich ändern. Selbständige Schulen sollten die Chance erhalten, echte Ganztagsschulen zu werden und müssen dafür auch personell ausreichend ausgestattet sein.

Ökologische und soziale Marktwirtschaft

Wirtschaft und regionale Wirtschaftskreisläufe

Wir wollen das Leitbild der Nachhaltigkeit zum Leitbild unserer Lebens- und Wirtschaftsweise machen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet, dass - angesichts begrenzter ökologischer Spielräume - durch erhöhte Effizienz und Einsparung in der Wirtschaft der Spielraum für soziale Entwicklungschancen der Menschen vergrößert wird. Die Etablierung alternativer Konsummuster ist hierbei nötig, damit die Befriedigung der Bedürfnisse heutiger Generationen nicht zu Lasten Zukünftiger geht. Das bedeutet: Ein an wachsenden Naturverbrauch gekoppeltes Wirtschaftswachstum ist nicht zukunftstauglich. Mit dem „Green New Deal" stellen wir die Weiche in die richtige Richtung. Wir GRÜNE sind davon überzeugt, dass der „Green New Deal" genau dazu in der Lage ist und den Weg in eine bessere Zukunft weisen kann. Der „Green New Deal" ruht auf drei Säulen: Die erste ist die Neuregulierung der entfesselten Finanzmärkte, damit diese nicht weiterhin eine Spekulationsblase nach der anderen erzeugen, sondern die Finanzierung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung sichern. Die zweite Säule ist der ökologisch-soziale Umbau unserer Gesellschaft, der durch massive Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Gerechtigkeit, aber auch durch eine ökologische Industrie- und Wirtschaftspolitik vorangetrieben wird. Damit werden neue Arbeitsplätze geschaffen und eine neue wirtschaftliche Dynamik in Gang gesetzt. Die dritte Säule ist die Erneuerung des sozialen Ausgleichs – zwischen Nord und Süd ebenso wie zwischen Arm und Reich. Im „Green New Deal" entwickeln wir Wege, um wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit und Gerechtigkeit mit dem Schutz der Umwelt nachhaltig in Balance zu bringen. Was bedeutet dieser global oder zumindest national denkende Ansatz für uns im Kreis Marburg-Biedenkopf?

Als Region im ländlichen Raum stellen die mit der Natur verbundenen Arbeitsbereiche einen wichtigen Standortfaktor im Landkreis dar. So ist in der Land und Forstwirtschaft neben dem Naturschutz die regionale Wertschöpfung zu beachten. In Industrie, Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft ist vor Ort nachhaltiger Umweltschutz zu berücksichtigen. Hier ergeben sich zudem Überschneidungen zur regionalen Energieerzeugung mit beeindruckenden positiven Wirkungen auf die Wertschöpfung. Die zukunftsweisende Branche der regenerativen Energien ist ein Wirtschaftsfaktor mit zunehmenden Umsätzen und Beschäftigung. Nicht nur die Hersteller der Solar- und Holzenergiebranche, sondern gerade die kleinen Handwerksbetriebe, die für die Installation und Wartung der Anlagen oder die „Rohstofflieferung" (NawaRo) tätig sind wachsen in der Region. Perspektivisch wird die regionale Wertschöpfungskette auch bei der Energieverteilung stärker werden. Seitens des Landkreises bleibt das Ziel nach vollständiger Energieerzeugung in der Region bis spätestens 2040 bestehen. Wichtig wird jetzt, ergänzend Maßnahmen für die Energieeinsparung im Verkehrssektor zu entwickeln (Reduzierung, Effizienz, alternative Energien).

Die Ausbildungsmöglichkeiten sind auf die absehbaren Veränderungen hin umzustellen (siehe auch Demografie und gesellschaftliche Teilhabe). Mit der Philipps-Universität aber auch durch die beruflichen und allgemeinbildenden Schulen hat der Landkreis hinreichende Chancen, in Kooperation mit den Betrieben der Region aktive Wirtschaftsförderung zu betreiben und so insbesondere einem Arbeitskräftemangel zu begegnen. Mit Innovations-netzwerken, Gründerinitiativen, Informationsveranstaltungen und Hilfen für hochinnovative Ausgründungen aus der Universität, ist der Landkreis schon auf einem guten Weg. Wir wollen durch Impulse und aktive Mitarbeit in den Gremien des Kreises dafür sorgen, dass dieser Weg auch ein nachhaltiger ist. Ist ein Unternehmen dann gegründet oder besteht schon seit längerem (und wir haben etliche „Hidden Champions" im Kreis und in der Region), so ist es wichtig, auch die besten Arbeitskräfte zu bekommen und zu halten. Attraktive Lebens-bedingungen sind somit stets auch wichtig für Unternehmer, „Grün" ist somit kein Luxus sondern mittlerweile Standortfaktor. Die Stärkung der „weichen" Standort-faktoren, um den Landkreis für qualifizierte Fachkräfte noch interessanter zu machen, sind die Förderung attraktiver und ökologisch sinnvoller Lebens-bedingungen (optimale Bahnanbindung an das Rhein-Main-Gebiet und guter ÖPNV sowie flächendeckendes Carsharing, flächendeckender Zugang zum schnellen Internet, Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und gute Schulen sowie und ein ansprechendes Kultur- und Freizeitangebot und die Weiter-entwicklung der Gesundheitsregion Marburg-Biedenkopf, die bereits einer der größten Beschäftigungsfelder in unserer Region ist) somit indirekt auch Wirtschaftspolitik für diese Region.

Tourismus

Die Kulturlandschaft unseres Landkreises mit ihren historischen Dorfkernen, kleinen Städten und der Stadt Marburg bieten vor allem für den sanften Tourismus beste Voraussetzungen. Der Tourismus im Landkreis lebt neben den Angeboten wie Wandern, Radfahren oder Wellness auch von dem Kulturangebot im Landkreis. Aus diesem Grunde setzen wir uns seit langem für eine engere Vernetzung und Zusammenarbeit der verschiedenen Tourismusgesellschaften bzw. Regionalentwicklungsgruppen für Ökotourismus im Landkreis ein. Diesen Einsatz wollen wir weiter verstärken und ausbauen (siehe auch Landwirtschaft) um EcoCamping und EcoTourismus ein stärkeres Gewicht in unserer Region zu geben.

Landwirtschaft

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht für eine nachhaltige Landwirtschaft, die vereinbar ist mit dem Wasser- und Bodenschutz und dem Erhalt der Artenvielfalt, aber auch Wertschöpfung in den ländlichen Regionen schafft. Außerdem wollen wir eine gentechnikfreie Landwirtschaft, denn die ökologischen und gesundheitlichen Risiken sind längst nicht ausgeleuchtet. Landwirtschaft in Hessen muss stärker auf die Zukunftsherausforderungen ausgerichtet werden. Das bedeutet, dass sie effizienter, klima-, umwelt-, tier- und naturschutz-freundlicher werden muss. Im Landkreis Marburg-Biedenkopf gibt es vor allem viele kleine Betriebe bäuerlicher Landwirtschaft, die für die regionalen Märkte produzieren. Dies entspricht auch dem Willen der Verbraucher. Diese lehnen Massentierhaltung mit all ihren Auswüchsen wie unwürdige Haltungs-bedingungen, Schlachtviehtransporte, oder verseuchte bzw. gentechnisch

veränderte Futtermittel ab. BSE, Geflügelpest, Maul- und Klauenseuche oder der jüngste Dioxin-Skandal haben zudem nachhaltig verunsichert. Der Lebensmittelhandel in Deutschland hat Käfig-Eier ausgelistet, weil die Kunden sie nicht mehr kaufen. Die Nachfrage nach Biolebensmitteln wächst seit Jahren im zweistelligen Prozentbereich und trotzt der Wirtschaftskrise.

Damit solche Strukturen vor Ort nicht gefährdet werden, ist es unabdingbar, dass der Schlachthof in Marburg erhalten bleibt.

Für uns GRÜNE ist klar: Nur eine Landwirtschaft, die sich an den Bedürfnissen und Wünschen der Verbraucherinnen und Verbraucher orientiert, wird langfristig Erfolg haben. Der Preisdruck im Handel und eine verfehlte Agrarförderung haben in der Vergangenheit allerdings viele Landwirte an den Rand der Existenz gedrängt, betreiben sie nur noch als „Nebenerwerb" und etliche mussten die Landwirtschaft ganz aufgeben! Der Protest der Milchbauern hat dies eindrucksvoll gezeigt und unsere volle Unterstützung gefunden. Hier sind wir am Ende alle gefordert. Denn faire Preise für Landwirte lassen sich nur dann realisieren, wenn auch die Konsumenten mit an Bord sind.

Auch Gentechnik in der Landwirtschaft wird von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Der Protest in Rauischholzhausen hat dies eindrucksvoll gezeigt. Gentechnik in der Landwirtschaft birgt unwägbare Risiken, ist unnötig und darüber hinaus auch eine Bedrohung für die umliegenden Landwirte und Imker: sie wird von uns entschieden abgelehnt. Der Schutz von Umwelt und Natur ist wichtig, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Darüber hinaus setzt er positive Impulse bei der regionalen Wirtschaftsentwicklung - zum Beispiel durch die Entwicklung von naturnahem Tourismus. Diese Ansätze wollen wir stärken. Darüber hinaus sind mittlerweile viele Betriebe in die Erzeugung und Nutzung von Biomasse eingestiegen. Diese bietet neben den energie- und umweltpolitischen Erfordernissen auch neue Perspektiven für den ländlichen Raum mit der dort vorhandenen Land- und Forstwirtschaft. Voraussetzung für uns ist dabei aber, dass neue Wege gegangen werden, um die vorhandenen Reststoffe aus Land-, Forst und Ernährungswirtschaft optimal energetisch zu verwerten. Biomasse vom Acker kann die Nutzung der Reststoffe ergänzen, sofern sie umweltfreundlich und bodenschonend erzeugt wird. Beispielsweise kommen Wildkräuter auch mit weniger fruchtbaren Böden aus und gedeihen mit minimalem Chemikalieneinsatz. Interessant kann für Landwirte auch die Kombination aus Biomasseerzeugung und Windenergie sein: Durch Bürgerwindparks bleibt der wirtschaftliche Ertrag bei den Menschen in der Region.

Haushalt und Finanzen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine nachhaltige Haushaltspolitik. Wir wollen nachfolgenden Generationen keine unbezahlbaren Schulden hinterlassen, sondern in die Zukunft investieren. Dabei stellen der gerechte Zugang zu Bildung, der Klimaschutz und die soziale Stabilität wichtige politische Handlungsfelder dar.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich deshalb für eine kommunale Finanzpolitik ein, die genau hinsieht, wofür sie etwas ausgibt. Oberste Richtschnur ist es, die Nettoneuverschuldung zu vermeiden und alte Schulden abzubauen. Bei allen Investitionen sind darüber hinaus unbedingt die Folgekosten in die Entscheidungen mit einzubeziehen. Mit vorhandenem Geld muss sparsam gewirtschaftet, und es muss vorrangig in Bildung, soziale Stabilität,

zukunftsweisende Technologien und in den Klimaschutz investiert werden. Dabei sollte das Ziel des Gender-Budgeting, also eines geschlechtergerechten Haushaltes berücksichtigt werden.

Wer, wie die GRÜNEN, die wichtige Rolle der Kommunen in der Daseinsvorsorge (im Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Kulturbereich ebenso wie bei der Infrastruktur) bejaht, der muss sich für eine dauerhafte sichere finanzielle Grundausstattung der Kommunen einsetzen. Dies ist momentan nicht gesichert. Die Lage ist überall katastrophal. Die Hessischen Landkreise werden Ende 2010 ein kumuliertes Defizit von ca. 2.6 Mrd. Euro aufweisen. Nach der mittelfristigen Finanzplanung wird dieses Defizit Ende 2013 ca. 4.5 Mrd. Euro betragen.

Das Defizit im Landkreis Marburg-Biedenkopf beträgt Ende 2010 ca. 105 Mio. Euro und wird Ende 2013 nach dieser Planung ca. 230 Mio. Euro betragen. Dies kann so nicht hingenommen werden, das Land muss laut Hessischer Verfassung für eine angemessene Ausstattung der hessischen Landkreise sorgen. Im Zweifel muss dies auf dem Klageweg durchgesetzt werden.

Auch die Absicht der Hessischen Landesregierung, eine sogenannte „Schuldenbremse" per Volksabstimmung in die Hessische Verfassung aufzunehmen darf nicht dazu führen, dass dies zur Schuldenfalle für die Kommunen wird.

Unter diesen Rahmenbedingungen ist unsere Haushaltspolitik geprägt von den „3 E'" (Einsparung, Effizienz, Einnahmeerhöhung). Konkret heißt das: Standards prüfen - Kostendeckungsgrade erhöhen - reinvestive Maßnahmen beibehalten – Eigenkapital erhalten – Folgekosten reduzieren

- Einsparungen lassen sich nur durch eine strenge Aufgabenkritik erzielen, da in vermeintlich zuständigen Angelegenheiten die Einsparpotenziale weitgehend ausgeschöpft sind. Dies kann einhergehen mit einer teilweisen „Gebietsreform" bzw. „Verwaltungsneuordnung".
- Dies gilt auch im Hinblick auf Effizienzerhöhung: Doppelstrukturen sind zugunsten höherer Verantwortung abzubauen. So ist es z.B. nicht sinnvoll, dass für die Schulen inhaltlich das Land zuständig ist, für die Infrastruktur jedoch die Landkreise. Ebenso sind in der Bauverwaltung Synergien möglich, wenn zwischen Regierungspräsidium (bzw. Land)-Landkreis-Kommune gestrafft würde. Schließlich wäre das Gebäudemanagement im Landkreis ausbaufähig und durch Kooperationen zu optimieren und die Verbandsstrukturen (v.a. LWV) zugunsten ortsnaher Ausrichtung und regionaler Verantwortung zu überprüfen.
- Einnahmesteigerungen sind nur über eine zwingend erforderliche Gemeindefinanzreform erreichbar. Bei Beibehaltung der bestehenden Regelungen wären faktisch nur Erhöhungen der Kreis- und Schulumlage möglich, was angesichts der Finanzen in den Städten und Gemeinden unverantwortlich wäre. Sollte der Landkreis in Ermangelung von Alternativen zu diesem Schritt gezwungen werden, ist dies nur unter hinreichender Beteiligung Städte und Gemeinden denkbar.